

## Ein Votum der "besseren" Hälfte

### **Mehrheit bei Landtagswahlen wegen Bundespolitik in skeptischem Schwebезustand / Analyse von Dieter Oberndörfer, Gerd Mielke und Ulrich Eith**



[Minderheitenposition \(ddp\)](#)

1. Seit den ersten Kommentaren am Wahlabend sind die Ergebnisse der drei Landtagswahlen vom vergangenen Sonntag als Rückkehr zur politischen Normalität interpretiert worden. Vor allem die klare Bestätigung der drei Ministerpräsidenten Oettinger, Beck und Böhmer scheint im Gegensatz zu der gnadenlosen Abstrafung zahlreicher sozialdemokratischer Ministerpräsidenten für die Politik der rot-grünen Bundesregierung in den letzten Jahren zu stehen. Die Umfunktionierung zu bundespolitischen Generalabrechnungen, die zum kennzeichnenden Merkmal der Landtagswahlen geworden war, hat am vergangenen Sonntag in der Tat keine Wiederholung gefunden.

Ist also die Rückbesinnung auf die Landespolitik wie auch das gleichzeitige Ausbleiben nennenswerter Wahlerfolge radikaler Parteien ein verlässliches Symptom einer generellen Abmilderung politischer Konflikte, ein Zeichen besonnener Einkehr und Zuversicht der Wähler und damit eine Stärkung der Großen Koalition?

Die Doppelthese von der Normalisierung der politischen Atmosphäre und vom verstärkten Rückhalt für die Große Koalition ist problematisch. Sie unterschlägt, in welchem hohem Maße die Landtagswahlergebnisse auch diesmal von der bundespolitischen Konstellation geprägt wurden. Sie verkennt, dass diese Resultate auch bundespolitisch relevantes Konfliktpotenzial enthalten.

Die am Sonntag auf historische Tiefstände abgesunkene Wahlbeteiligung in allen drei Bundesländern signalisiert vielmehr einen von Skepsis und Zaudern geprägten Schwebезustand in der deutschen Wählerschaft. Das quer zu den großen politischen Lagern konstruierte Regierungsbündnis aus CDU/CSU und SPD in Berlin hat sich bisher vornehmlich durch einen Wandel des politischen Stils profiliert. Hier ist vor allem der Gegensatz zwischen dem unpräzisen, leisen Führungsstil Angela Merkels und der immer medienorientierten, lauten Selbstinszenierung Gerhard Schröders und Joschka Fischers zu nennen. Auf der sachpolitischen Ebene haben sich in der Großen Koalition bislang vor allem symbolische Entwicklungen vollzogen. So hat die Union schnell und geräuschlos die Vertreter einer stramm neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik wie Paul Kirchhof und Friedrich Merz in der Versenkung verschwinden lassen und damit fürs erste die Angriffsflächen beseitigt, die ihr noch im Bundestagswahlkampf den Vorwurf der sozialen Kälte eingehandelt hatten. Demgegenüber fällt die aufs Image bezogene Frontbegradigung bei den

Sozialdemokraten nicht so eindeutig aus. Franz Münteferings Vorstoß zur "Rente mit 67" etwa verhielt keine nennenswerte Korrektur der Agenda-Politik und vermochte mithin das in den letzten Jahren angewachsene Misstrauen der sozialdemokratischen Wähler gegenüber dem Kurs der eigenen Partei nicht zu zerstreuen.

Entsprechend öffnete sich schon bald nach dem Amtsantritt der neuen Bundesregierung die Schere zwischen den demoskopisch gemessenen Wahlabsichten für die beiden großen Parteien. Seit Jahresbeginn bewegen sich die Unionswerte bei etwa 40 Prozent; die SPD liegt rund zehn Prozentpunkte darunter. Damit hat sich an den Kräfteverhältnisse seit Beginn der Agenda-Politik 2003 nichts Wesentliches geändert. Politische Weichenstellungen wie die Gesundheitsreform oder die Debatte über das Arbeitsrecht schlagen hier noch nicht zu Buche. Diese Themen werden erst jetzt nach den drei Landtagswahlen auf die Berliner Tagesordnung gesetzt werden.

In dieser Atempause vor dem Einstieg in das harte bundespolitische Geschäft zog sich die Mehrheit der Wahlberechtigten in die Wahlenthaltung zurück. Die immer wieder zitierte "Partei der Nichtwähler" rekrutiert sich vornehmlich aus einer vielschichtigen Mischung zumeist skeptisch-apathischer, nur mäßig an Politik und besonders an Landespolitik interessierter, aber auch von der Politik enttäuschter Wähler, die überdies mehrheitlich aus den unteren Schichten der sozialen Pyramide stammen. Im Gegensatz dazu kann man nach den Befunden der Wahlbeteiligungsforschung die Wähler vom Sonntag als den sozial gut integrierten, politisch interessierten und den Parteien besonders aufmerksam zugewandten Teil der Bürger skizzieren, der eher in der oberen sozialen Hälfte angesiedelt ist. Es war diese "bessere" Hälfte der Wählerschaft, die den drei Landtagswahlen ihren Stempel aufdrückte.

## **Gedämpfte Stimmungskulisse**

2. Die hier skizzierten Imageakzentuierungen innerhalb der Großen Koalition schufen die

### **Die Autoren**

Prof. em. Dr. Dr. h.c. Dieter Oberndörfer (Jahrgang 1929) lehrte als Politikwissenschaftler an der Universität Freiburg, Forschungsschwerpunkte: Demographie, Wahlverhalten, Entwicklungsländerforschung

Prof. Dr. Gerd Mielke (Jahrgang 1947) ist Honorarprofessor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Mainz, Forschungsschwerpunkte: politische Soziologie.

Privatdozent Dr. Ulrich Eith (Jahrgang 1960) Vertretungsprofessur für Wissenschaftliche Politik an der Universität Freiburg, Forschungsschwerpunkte: Wahl- und Parteienforschung, politischer Systemvergleich.

Die Autoren gehören zur Arbeitsgruppe Wahlen Freiburg am Seminar für Wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg. Die von Prof. Oberndörfer gegründete Arbeitsgruppe analysiert unter anderem seit mehr als zehn Jahren regelmäßig für die Frankfurter Rundschau Bundes- und Landtagswahlen.

Mitgearbeitet haben die Politikwissenschaftler Bernd Schlipphak, Christian Zettl und Christina Gillissen. auf

eigentümlich gedämpfte Stimmungskulisse, vor der die Wahlen am Sonntag stattfanden. Abseits ideologischer Polarisierung und ohne die mobilisierende Wirkung wichtiger bundespolitischer Streitfragen kamen jeweils typische Konturen des regionalen politischen Wettbewerbs zum Vorschein.

Dabei steht das Wahlergebnis in Baden-Württemberg für die traditionelle Hegemonie einer Landespartei in den alten Ländern, wie sie nunmehr lediglich in Bayern und eben Baden-Württemberg anzutreffen ist und bis vor kurzem auch noch in Hessen, Hamburg, Bremen und Nordrhein-Westfalen bestand. In Sachsen-Anhalt zeichnet sich die profilierte Stellung der PDS als Gegenpol zur CDU als typisches Strukturmerkmal des ostdeutschen Parteiensystems ab. Der Durchbruch der SPD unter der Führung von Kurt Beck zur absoluten Landtagsmehrheit in Rheinland-Pfalz ist beispielhaft für eine Reihe von Ländern, in denen die Etablierung einer neuen Vormachtstellung vor allem durch charismatische, über einen längeren Zeitraum regierende Ministerpräsidenten erzeugt und gesichert wird.

Der Schlüssel für das glänzende Abschneiden der CDU in Baden-Württemberg liegt vor allem in der unangefochtenen Stellung der Partei. Die CDU lag auch diesmal wieder in den ländlichen und katholischen Revieren rund 25 Prozentpunkte vor der SPD. Zugleich aber wird die Union von den Wählern seit Jahrzehnten eng mit den Modernisierungserfolgen des Landes verbunden und kann somit auch in den städtischen, von Industrie und Dienstleistung geprägten Wahlkreisen die SPD in aller Regel klar distanzieren. Die bei dieser Wahl zu beobachtenden Positionsgewinne der Union in den Städten stützen den begonnenen Modernisierungskurs des neuen Ministerpräsidenten. (...)

Der Wahlsieg der SPD in Rheinland-Pfalz beruht demgegenüber nicht auf der strukturellen Stärke, sondern auf der überragenden Popularität des seit 1994 amtierenden Ministerpräsidenten Kurt Beck. Anders als die CDU in Baden-Württemberg haben die Sozialdemokraten als führende Kraft der Landesregierung in Rheinland-Pfalz bislang noch keine hegemoniale Vormachtstellung über alle politischen Ebenen hinweg erringen können. Vielmehr konnte die Union bei den vergangenen Wahlen auf kommunaler Ebene sowie bei Bundestags- und Europawahlen in den letzten Jahren durchaus beträchtliche Erfolge erzielen. Auf der Landesebene jedoch verharrt die CDU seit dem 1988 durch innerparteiliche Opposition ausgelösten Rücktritt des Ministerpräsidenten Bernhard Vogel in einer lähmenden Dauerkrise. Sie konnte durch den Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten Christoph Böhr zu keinem Zeitpunkt abgemildert oder gar beendet werden. Als Fleisch gewordener Gegenentwurf zur Zaghaftigkeit der Union und zur Blässe seines Herausforderers konnte Ministerpräsident Kurt Beck seit den späten 90er Jahren mit seinem bürgernahen Stil und mit originellen und erfolgreichen Politikansätzen bis tief in die Reihen der CDU-Anhänger Zuspruch erwerben. Diesem Vormarsch der SPD im Gefolge eines populären Ministerpräsidenten und einer erfolgreichen Landespolitik ist paradoxerweise der treue Koalitionspartner FDP zum Opfer gefallen.

Das Ausscheiden der Grünen in Rheinland-Pfalz kommt nicht überraschend. Sie bewegen sich im vorwiegend kleinstädtischen und ländlichen Rheinland-Pfalz schon immer auf einem schwierigen Terrain. Überdies sind sie seit Beginn der 90er Jahre von den Sozialdemokraten konsequent von allen Aussichten auf eine Regierungsbeteiligung abgeblockt worden. So verfügen die Grünen an Rhein und Mosel weder über eine tragfähige soziale Basis noch über eine entsprechende politische Funktion. Nunmehr ist in Rheinland-Pfalz vor diesem Hintergrund das Parteiensystem der siebziger Jahre wiedererstand.

In Sachsen Anhalt ist nichts beständiger als der Wechsel. Vor dem Hintergrund der sozialen Verwerfungen als Folge der Vereinigung bringt die vergangene Landtagswahl nun bereits die vierte Regierungskonstellation ins Amt. Für Kontinuität steht lediglich der weiter regierende Ministerpräsident Wolfgang Böhmer. (...)

## **Langfristige Konsequenzen**

3. Für alle drei Bundesländer lassen sich aus den Wahlergebnissen jeweils spezifische Folgerungen mit teils gravierenden bundespolitischen Wirkungen ableiten. In Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz haben die beiden Wahlsieger, Oettinger wie Beck, die längerfristigen strategischen Konsequenzen ihrer Erfolge zu bedenken. Für Oettinger steht dabei die Frage nach einem möglichen Bündnis mit den Grünen anstelle der gewohnten Koalition mit der FDP im Mittelpunkt. Ein Einstieg in Schwarz-Grün hätte nicht nur auf Landesebene große Bedeutung. Ein solches Bündnis könnte vor allem auch neue bundespolitische Koalitionsoptionen und Spielräume nach dem Ende der Großen Koalition eröffnen. In keinem anderen Bundesland kann eine schwarz-grüne Koalition mit so geringen politischen Risiken eingegangen werden. Sowohl das ideologische Profil der zukünftigen grünen Landtagsfraktion als auch die souveräne Hegemonie der Union lassen ein derartiges Pilotprojekt in Baden-Württemberg plausibel und ungefährlich erscheinen.

Für Ministerpräsident Beck und seine SPD birgt eine sozialdemokratische Alleinregierung das Risiko einer ungewollten Zusammenführung der beiden bürgerlichen Parteien. Schon bei der nächsten Wahl könnte die SPD einem christlich-liberalen Doppel gegenüber stehen und somit bundes- und vor allem auch landespolitische Machtoptionen bereits heute verspielen.

Auch die Verlierer im Südwesten eint eine gemeinsame Erfahrung. Beide - Ute Vogt und Christoph Böhr - haben versucht, die strukturellen und organisatorischen Nachteile der jeweiligen Oppositionsrolle durch Imagekorrekturen und allerlei Kunstfertigkeiten bei medialen Inszenierungen zu kompensieren. So agierte bei Böhr der Altmeister der CDU-Wahlkampfleitung Peter Radunski emsig im Hintergrund. Aber in beiden Ländern erwies sich der Amtsbonus stärker als die künstlich erzeugten Stimmungen. Beide

Oppositionsparteien werden um eine grundlegende Neuausrichtung nicht umhin kommen.

Die Ergebnisse in Sachsen-Anhalt wiederum demonstrieren in aller Deutlichkeit die überwältigende Stärke der linken Parteien in Ostdeutschland. Die SPD wird es sich auf Dauer nicht leisten wollen, die PDS auszugrenzen und die strategische Option auf eine linke Mehrheit auszublenden. Mit der deutschen Einheit haben sich gerade auch im Bund die Mehrheitsverhältnisse nach links verschoben. Die letzten beiden Bundestagswahlen haben die Annahme einer bürgerlichen Vorherrschaft, wie sie für die alte Bundesrepublik lange Jahre galt und für den Westen noch heute gilt, offenkundig als überholte Lebenslüge widerlegt.

Im Blick auf die Bundespolitik hat die FDP trotz Zugewinne im Westen an Einflussmöglichkeiten verloren. Die Große Koalition unter Angela Merkel hat nun beste Chancen, die nötigen Reformen energisch anzugehen. Die niedrige Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen sollte hierbei allerdings als unmissverständliches Warnsignal angesehen werden. Die Erwartungen im Land an eine effektive und zugleich sozial ausgewogene Reformpolitik sind hoch. Insbesondere die sozial schwächer gestellten Gruppen in den Wählerpotentialen beider Volksparteien können nur durch eine konsequente Beachtung ihrer Interessen parteipolitisch auch weiterhin gebunden werden. Wird die Bundesregierung dem nicht gerecht, kann sich die hohe Wahlenthaltung vom Sonntag sehr schnell in Proteststimmen für rechte und linke Extremisten und Populisten umwandeln.